

## **Fehlende finanzielle Mittel für Sprachkurse im Herbst 2001 und Gesamtsprachkonzept des Bundes für Zuwanderinnen und Zuwanderer**

### Beschluss Nr. 101

### Beschluss der Vollversammlung am 09.07.2001

#### **I. Antrag**

Der vorliegende Antrag resultiert aus zwei Runden-Tisch-Sitzungen, zu denen der Ausländerbeirat 15 Münchner Deutschkursanbieter im Mai 2001 eingeladen hat. Dabei wurde dringender Handlungsbedarf in den folgenden Bereichen erkannt:

1. Der Ausländerbeirat weist die Landeshauptstadt ausdrücklich auf die fehlenden finanziellen Mittel ab Herbst 2001 im Bereich der Sprachschulen in München hin. Dies wird dazu führen, dass die Sprachkursanbieter in München ihr Angebot von September bis Dezember 2001 erheblich kürzen müssen und Interessenten bereits jetzt auf Wartelisten für Anfang 2002 verwiesen werden. Die Stadt wird gebeten, konkrete Lösungsvorschläge für die Übergangszeit zu erarbeiten.
2. Das geplante Gesamtsprachkonzept der Bundesregierung wird den Ansprüchen an die Sprachförderung von Migrantinnen und Migranten, wie sie von von seiten der Zuwanderungskommission gestellt werden, bei weitem nicht gerecht. Der OB wird gebeten, sich beim Ministerium für Arbeit und beim Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend dafür einzusetzen, dass die gemeinsam von den Deutschkursanbietern, der Stelle für interkulturelle Zusammenarbeit und dem Ausländerbeirat erarbeiteten Ergänzungs- bzw. Verbesserungsvorschläge Berücksichtigung finden.

#### **II. Begründung**

Zu 1. Durch die Erhöhung der Honorarsätze für Sprachlehrerinnen und Sprachlehrer im Frühjahr 2001, die jedoch durch das BMA nicht ausgeglichen wurden, sind die Mittel des Sprachverbandes für subventionierte Sprachkurse ab Herbst 2001 erschöpft. Für die Münchner Deutschkursanbieter bedeutet dies, dass sie ab September 2001 für den Rest des Jahres keine Deutschkurse für Migrantinnen und Migranten mehr anbieten können und durch die wahrscheinliche Abwanderung ihrer Lehrkräfte in dieser Zeit in ihrer Existenz erheblich bedroht sind.

Für Migrantinnen und Migranten bedeutet dies, dass sie sich nicht auf ein kontinuierliches Sprachkursangebot verlassen können, sondern eine dreimo-

natige Lücke in Kauf nehmen müssen, um sich ab Januar 2002 dann auf Wartelisten wieder zu finden; Schul- und Berufsausbildungen werden zwangsunterbrochen und führen unter Umständen zu einem einjährigen Zeitverlust – eine Situation, die den Migrantinnen und Migranten gerade angesichts der aktuellen politischen Diskussion um die Wichtigkeit von Sprachkursen und Integrationsmaßnahmen kaum vermittelbar ist.

- Zu 2. Das neue Sprachförderkonzept sieht ein Jahresbudget von 319 Mio. DM vor. Diese Summe entspricht dem Budget des Jahres 2000 und stellt somit faktisch eine Verringerung der zukünftigen Haushaltsmittel dar, da weder die Honorarerhöhung, die bereits in diesem Jahr zu Engpässen im Sprachkursangebot ab Herbst 2001 führt (siehe Pkt. 1 dieses Antrags), noch die vom Bund vorgesehene Erweiterung des zu fördernden Teilnehmerkreises darin berücksichtigt sind. Im Klartext stehen also 2002 weniger Mittel zur Verfügung als 2000.

Weiterhin wird die vorgesehene Drei-Jahres-Frist als äußerst problematisch angesehen: Innerhalb von drei Jahren nach erstmaliger Einreise sollen sich Neueinwanderer um einen Sprachkurs bemühen. Diese Vorgabe geht an den Realitäten vorbei. Es ist weder vertretbar, dass die folgenden Personengruppen keinen Anspruch auf geförderte Deutschkurse mehr haben sollen: Migrantinnen und Migranten, die bereits zum jetzigen Zeitpunkt länger als drei Jahre legal hier im Land leben und Neueinreisende, deren Lebensumstände es nicht zulassen, sich der Anfangsphase ihres Aufenthalts um Deutschförderung zu kümmern. Der Ausländerbeirat weiß aus eigener Erfahrung, dass es bestimmten Zielgruppen aus familiären Gründen oder aufgrund unregelmäßiger Arbeitszeiten schlicht nicht möglich ist, über einen längeren Zeitraum hinweg regelmäßig an einem Deutschkurs teilzunehmen. Dass dieser Personenkreis neben seiner oft schwierigen sozialen Situation gerade in den ersten Jahren nach der Einreise dann auch noch seinen Anspruch auf Deutschförderung verlieren soll, ist nicht hinnehmbar.

Ein weiterer Kritikpunkt sind die zukünftig nicht mehr finanzierten Kinderbetreuungskosten. Betroffen hiervon sind Mütter mit noch nicht schulpflichtigen Kindern, die möglicherweise gerade in dieser Lebensphase die Motivation und die familiäre Unterstützung für einen Deutschkurs hätten. Es ist mit Sicherheit falsch, an dieser Stelle Gelder einzusparen, denn es sind die Mütter, die ihre Kinder durch die Einrichtungen Kindergarten und Schule begleiten und die befähigt werden müssen, sich angemessen für deren Zukunftschancen einzusetzen.

Der Ausländerbeirat hat im aktuellen Sprachförderangebot für Münchner Migrantinnen und Migranten erhebliche Verbesserungsmöglichkeiten erkannt. Sollte das Sprachförderkonzept in der vorliegenden Form verabschiedet werden, so wird Stadt gefordert sein, in verstärktem Maße konzeptionell und finanziell einzuspringen.

**III. Beschluss nach Antrag**

Einstimmig

Cumali Naz  
Vorsitzender

Pavlos Delkos  
Sprecher Ausschuss 2

Dimitrios Papadopoulos  
Sprecher Ausschuss 1